Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3396.
Expedition: Amt VI, 2345.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitzeile entgegen. Zuschriften für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 28. [47. Jahrgang.] Sonntag den 2. Februar 1908. Erste (Abend-)Ausgabe. [47. Jahrgang.] Nr. 28.

Berlin, den 1. Februar.

Dankerlaß des Kaisers.

In zahlreichen Telegrammen und Zuschriften sind Mir beim Eintritt in Mein fünfzigstes Lebensjahr treue Glück- und Segenswünsche aus allen Teilen des Deutschen Reiches und aus weiten Fernen dargebracht worden. Behörden, Vereine und Vereinigungen, Alt und Jung, Hoch und Niedrig haben in Stadt und Land Meinen Geburtstag festlich begangen und Meiner dabei freundlichst gedacht. Diese patriotischen Kundgebungen haben Mich von neuem erkennen lassen, welches Maß von liebevollem Vertrauen und treuer Anhänglichkeit Mir aus allen Kreisen des deutschen Volkes entgegengebracht wird. In herzerhebender Weise ist dadurch Mein Ehrentag verschönt und Meine Festesfreude erhöht worden. Das verflossene Lebensjahr hat Mir neben manchen freudigen Ereignissen auch schmerzliche Erfahrungen nicht erspart, auch bin Ich durch den Heimgang mehrerer Meinem Herzen besonders nahestehender Persönlichkeiten, wie Meines unvergeßlichen Oheims, des letzten Fürsten von Deutschlands Helden in großer Zeit, und Meines treuen Erziehers und Freundes in tiefe Trauer versetzt worden. Ich preise aber des Allmächtigen Güte, daß es wieder ein Jahr des Friedens und fortschreitender Entwicklung für das Vaterland gewesen ist, und vertraue zuversichtlich, daß Gott der Herr auch fernerhin Seine schützende Hand über das deutsche Volk halten und es auf friedlicher Bahn weiter führen wird zum Segen der Gesamtheit wie jedes Einzelnen. — Von dem Wunsche beseelt, Allen, die Mich an Meinem Geburtstage durch den Ausdruck ihrer freundlichen Teilnahme und treuen Fürbitte erfreut haben, Meinen herzlichen Dank zu erkennen zu geben, ersuche Ich Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 30. Januar 1908.

Wilhelm, I. R.

An den Reichskanzler.

Politischer Tagesbericht.

Das Königliche Staatsministerium trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Fürsten v. Bülow heute zu einer Sitzung zusammen.

Der Kriegsminister, der sich seit seiner Erkrankung im November v. J. nicht völlig wieder erholt und mehrfach an Rückfällen gelitten hat, ist am 25. Januar an einem neuen heftigen Influenzaanfall erkrankt, der ihn zwang, das Bett hüten und ihn zwingt, sich von den Geschäften fern zu halten. Auf dringendes Anraten der Ärzte wird er so bald als möglich zur Wiederherstellung der Gesundheit einen längeren Urlaub nach dem Süden antreten.

Rückblicke.

In einmütiger Verehrung und Freude ist der Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers begangen worden; nicht nur auf deutschem Boden, sondern überall, wo Deutsche beisammen wohnen, hat man den Tag gefeiert, an dem ein jeder mit Liebe und Stolz des Bandes bewußt wird, das unsere Nation heut und in Zukunft fest verknüpft. Dankbar und froh hat die Nation wiederum auch der Segnungen gedacht, die des Kaisers Walten begleiten. Bald werden zwanzig Jahre sich runden, seit Kaiser Wilhelm den Thron bestieg: zwei Jahrzehnte des Friedens, der Wohlfahrt und des wachsenden Ansehens. Auf den verschiedensten Gebieten wirkt unseres Kaisers mächtiger Wille und vorbildliches Beispiel anregend, dem Ziele entgegen, das seine Worte, zu Münster im Herbst gesprochen, mit Klarheit dargelegt haben — von Begeisterung getragen und Begeisterung weckend.

Von den zwei Sitzungstagen des Herrenhauses, die diese Woche brachte, war der erste, in welchem Vizepräsident Frhr. v. Manteuffel dem hingeschiedenen Präsidenten Fürsten zu Inn- und Knyphausen, sowie dem ebenfalls am Jahresschluß verstorbenen Wirkl. Geh. Rat Dr. Hinpeter warme Nachrufe zollte, der einmaligen Schlußberatung einer Reihe von Gesetzentwürfen gewidmet, die unverändert angenommen wurden. Am folgenden Donnerstag schritt man zur Wahl des Präsidenten, aus der, da die Würde Frhr. v. Manteuffel zum Zurückgetreten wurde, eine Neuwahl des gesamten Präsidiums sich entwickelte. Oberbürgermeister Becker-Köln ging als nunmehriger Vizepräsident, Frhr. v. Landsberg-Steinfurt als zweiter Vizepräsident aus der Wahl hervor. Es begann sodann die Beratung der Osmarkenvorlage, eingeleitet durch eine Rede des Breslauer Fürstbischofs Kardinals Kopp. Sie hob die Pflicht der Regierung hervor, die Grenzen zu sichern und dabei auf die Zuverlässigkeit der dort ansässigen Bevölkerung acht zu haben. Doch könne der Redner keine Zweifel an dem Nutzen der Vorlage nicht überwinden, was nähere Darlegung fand. Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses ergriff sodann Ministerpräsident Fürst v. Bülow das Wort für die Vorlage. Den von Kardinal Kopp eingetretenen kirchenpolitischen Bedenken konnte der Leiter des Staatsministeriums gleich eingangs um so leichter begegnen, als er jederzeit seine gerechte, im besten Sinne paritätische Haltung bei konfessionellen Angelegenheiten dargetan hat. Zweck und Wesen der Vorlage schilderte Fürst Bülow mit eindringlichen Ausführungen. Unsere Ostmarkenpolitik sei an einem Wendepunkt angelangt. Aufs sorgsamste habe die Regierung geprüft, ob nicht Mittel vorhanden oder denkbar seien, die den Gedanken an ein Enteignungsverfahren überflüssig machen könnten. Allein die Forderung einer solchen Befugnis war nach Lage der Dinge nicht mehr zu umgehen, und so hat die Staatsregierung unter sehr weitgehender Ausschaltung von Kautelen den Entwurf vorgelegt, als ein ernstes Mittel gegen eine ernste Gefahr. Fürst Bülow betonte, daß er frei von jeder Abneigung gegen die preußischen Mitbürger polnischer Abstammung sei, daß er auch die Angriffe sehr wohl vorausgesehen habe, mit denen unsere Ostmarkenpolitik, an diesem Punkte angelangt, nun im Auslande und teilweis auch im Inlande bedacht wird. Es handelt sich jedoch um die Erhaltung unserer östlichen Gebiete, deutscher Art und Kultur auf einem Boden, den die Väter mühsam aus der Verwahrlosung befreiten und so gewannen. Als der Beifall, der dem Aufrufe des Ministerpräsidenten folgte, verklungen war, gab Fürst Radziwill den polnischen Standpunkt in kurzer Rede kund. Ihm entgegneten die Oberbürgermeister Adickes und Kirsten, sowie Kronsyndikus Dr. Hamm in sachlich treffender Weise, die Minister Frhr. v. Rheinbaben, v. Arnim und Beyer griffen in die Debatte ein, während andere Redner (Geh. Sieberschmidt, Oberregierungsrat Trendler und Geh. Droste zu Vischering) ihre Bedenken in den Vordergrund stellten. Auf Antrag des Grafen Botho zu Eulenburg wurde die Vorlage hierauf an eine Kommission verwiesen und nach kurzer Beratung von Petitionen die an bedeutsamen Erörterungen reiche Sitzung vertagt.

Während der Reichstag in seinen Arbeiten eine kurze Pause hatte eintreten lassen, tagte das preußische Abgeordnetenhaus auch am Sonnabend und am Dienstag. Die erstere Sitzung wurde erst gegen Schluß aus Anlaß von Betrachtungen über das künftige Schicksal des Grunewaldes bei Berlin lebhafter; der Landwirtschaftsminister erklärte hierzu, daß in keiner Weise die Absicht bestehe, dieses Forstgelände in seinen Hauptteilen zu verkaufen. Die Verhandlungen am Dienstag begannen mit einer Erörterung über die erste juristische Prüfung und wurden noch eingehender aus Anlaß eines Antrages zum Justizetat, für einen Gesetzentwurf, betreffend das Strafrecht gegenüber Personen jugendlichen Alters, zu sorgen. Wiederum gingen die Redner auf die neuesten Erfahrungen mit der Oeffentlichkeit beim Prozeßverfahren ein, und Abg. Roeren befürwortete schärfere Maßnahmen zur Unterdrückung unsittlicher Produkte noch durch Niederlegung einer Bilderserie auf den Tisch des Hauses, die zwar zu Anklagen, aber zu keiner Verurteilung geführt hatte, weil die Sachverständigen nichts Unsittliches dabei ersehen. Aus der Erwiderung des Justizministers ging hervor, daß, was sogenannte Skandalprozesse angehe, die Staatsanwälte mit entsprechenden Weisungen versehen worden seien, um künftighin bei erforderlich scheinenden Umständen den Ausschluß der Oeffentlichkeit zu beantragen. In Fällen unsittlicher Werke brauchten die Gerichte in der Regel wohl keine Verständigen für ihre eigene Schätzung, doch seien sie verpflichtet, solche zu hören, die der Angeklagte habe laden lassen. — Eine allgemeine Debatte zur Justizverwaltung bauerte noch am Donnerstag an, und bei dieser Gelegenheit bemerkte der Minister [illegible] mit der Freigebung unsittlicher Bilder durch ein Gericht [illegible] das Recht des freien Verkehres allgemein zuerteilt; [illegible] würden vielmehr gegebenenfalls bestraft [illegible] hinzu, es ist für die energische strafrechtliche Verfolgung der Verstöße gegen das Strafgesetz bei den jüngsten Straßenkrawallen gesorgt worden. — Alsdann ging man näher auf den Antrag wegen der Bestrafung jugendlicher Personen ein, wobei die Redner der Parteien in Einzelfragen merklich differierten. Der Minister erklärte, daß er für gesetzliche Regelung im Sinne des Antrags sei, er hoffe aber, schon in der nächsten Tagung mit der allgemeinen Gesetzgebung auf dem Gebiet des Strafrechts vorgehen zu können, so daß sich eine Sondergesetzgebung für Jugendliche erübrige. Inzwischen werde die bessernde Hand innerhalb des Rahmens des geltenden Reichsrechts anzulegen sein. Der Antrag wurde sodann der Justizkommission überwiesen. In der Freitagsitzung standen vorwiegend Einzelheiten des Justizwesens und unter Gliederung zur Beratung.

Schon am Mittwoch brachte der Reichstag in vierstündiger Beratung bei zweiter Lesung die Flottengesetznovelle zur Erledigung. Entsprechend dem Beschluß der Budgetkommission auf unveränderte Annahme der Vorlage waren auch die Ausführungen der Fraktionsredner gehalten, von die des Abg. Bebel machte ihre selbstverständliche Ausnahme. Was den Einwänden des sozialdemokratischen Führers diesmal an rhetorischer Wucht fehlte, sollte vermutlich durch eine allgemein politischen Bedenklichkeiten und durch abgetragene Schlagwörter aus dem Katechismus der „Genossen" überdeckt werden. In seiner Erwiderung würdigte der Staatssekretär des Reichsmarineamts besonders die Hinweise Bebels auf England einer gründlichen Widerlegung. Ein Ringen mit Großbritannien um die Seeherrschaft, wie Bebel es trotz der Darlegungen des Admirals v. Tirpitz bereits in der Budgetkommission sochen wieder an die Wand gemalt hatte, sei ein Phantasiegebilde. Und es sei weder vaterlandsfreundlich noch zweckmäßig, auf solche Art Unruhe zu erzeugen und gewissermaßen mit dem Feuer zu spielen. Wir bauen tatsächlich nur eine Flotte in der Weise, wie andere Staaten, die auf eine angemessene Seemacht bedacht sind, und der Zweck ist die Erhaltung des Friedens. Unverkennbar machten die wohldurchdachten und klar überzeugenden Ausführungen des Staatssekretärs großen Eindruck. Die Redner aller bürgerlichen Parteien gaben ihrer Zustimmung der unstreitigen Forderungen der Vorlage Ausdruck und nahmen die Vorlage einstimmig an; die Minderheit bestand lediglich aus den Sozialdemokraten und den Polen. — Auch an den beiden folgenden Tagen nahmen Marineangelegenheiten zweite Lesung des Etats) das Haus in Anspruch. Hierbei fand Admiral v. Tirpitz noch mehrfach Gelegenheit zu Mitteilungen von Interesse. Zur Frage der Unterseeboote äußerte er u. a., die Reichsmarineverwaltung habe sich zurückhalten müssen, weil man mit Rücksicht auf den schweren Seegang in der Nordsee unbedingt abzuwarten hatte, bis Unterseeboote konstruiert würden, die sich auch auf der Oberfläche seefähig halten können, was erst 1904 erreicht war, und bis Petroleummotore für Unterseeboote verwendbar geworden wären.

Daß die Rede des Staatssekretärs v. Tirpitz auch in der Presse lebhaft aufgegriffen würde, ließ sich erwarten. So urteilen die Münchner Neuesten Nachrichten:

„Die energische Erklärung des Regierungsvertreters, Admirals Tirpitz, daß er auf der ganzen Welt nirgends einen Punkt zu entdecken vermöge, wo die Interessen Deutschlands und Englands kollidierten, sagt ja eigentlich nichts Neues, aber an jener Stelle ausgesprochen, ist sie eine bedeutsame Bestätigung dessen, was einsichtsvolle Politiker diesseit und jenseit des Kanals schon immer gewußt und gesagt haben. Ist es doch tatsächlich das Fehlen jeder Konfliktsmöglichkeit, was den Abschluß solcher Uebereinkommen, wie sie England mit anderen Ländern getroffen hat, zwischen Deutschland und England überflüssig macht."

Die Sozialdemokratie bereitet, wie wir schon erwähnten, für einen der Märzsonntage eine verbesserte Auflage der Straßendemonstrationen vor, die unter der falschen Flagge von Wahlrechtskundgebungen in Wirklichkeit lediglich den Zweck haben, den Zielen der Sozialdemokratie zu dienen. Daß es den Anstiftern der künstlich ins Werk gesetzten Bewegung um ganz andere Dinge zu tun ist, als um Erreichung einer Wahlreform, spricht der Leitartikler in der letzten Nummer der sozialdemokratischen Neuen Zeit, vermutlich der Parteipapst Kautsky, in eigener Person, mit ziemlich bürren Worten aus. Nach einem Wutausbruch gegen die liberalen Parteien fährt dieser Artikel in folgenden der Beachtung würdigen Sätzen aus:

„Die Wahlrechtsfrage ist ein Mittel der Agitation und Organisation, das sich bis jetzt als sehr wirksam erwiesen hat. Es ist ein Mittel, das sich abnutzen wird, wenn es zu oft gebraucht wird, das aber, wenn es zur rechten Zeit angewendet wird, noch manche Dienste leisten kann. Es ist ein Mittel, das sich nicht mehr allein anwenden läßt, das aber, wenn es mit anderen Mitteln verbunden wird, noch wirksamer wird